

**Redebeitrag von Herrn Ministerpräsidenten Teufel**

**(deutscher Bundesrat)**

**bei der Konventsitzung am 05./06. Dezember 2002**

**Es gilt das gesprochene Wort**

**Sperrfrist : Beginn der Debatte**

Anrede,

1. Die Arbeitsgruppe „Freiheit, Sicherheit und Recht“ hat in sehr kurzer Zeit ein bemerkenswertes Abschlussdokument zu diesem umfangreichen und schwierigen Themenbereich vorgelegt.
2. Ich stimme diesem Dokument in weiten Teilen gerne zu und danke John Bruton und der Arbeitsgruppe für die vorzügliche Arbeit. Sie hat mit ihren beiden „goldenen Regeln“ den richtigen Ansatz zur Lösung der Probleme in der Innen- und Justizpolitik gewählt:
  - Auflösung der Pfeilerstruktur unter Beibehaltung spezieller Verfahren der polizeilichen und justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen;
  - Klare Unterscheidung zwischen Rechtsetzung und Verstärkung der operativen Zusammenarbeit auf Unionsebene.
3. Zu Recht wird in dem Bericht empfohlen, die Instrumente der polizeilichen und justitiellen Zusammenarbeit grundsätzlich den bewährten Handlungsformen des „ersten Pfeilers“ anzunähern bzw. zu prüfen, inwieweit diese Handlungsformen auch im Bereich des bisherigen „dritten Pfeilers“ Anwendung finden können. Die pauschale Anwendung von Verordnungen und Richtlinien im gesamten Bereich des bisherigen „dritten Pfeilers“ ohne Rücksicht auf die Besonderheiten des Strafrechts und der Polizeiarbeit ginge jedoch zu weit.
4. Grundsätzlich richtig ist auch die Empfehlung, in möglichst vielen Bereichen das Mitentscheidungsverfahren in Kombination mit qualifizierter Mehrheitsentscheidung im Rat zur Anwendung zu bringen. Belange von grundsätzlicher Bedeutung, zu denen zum Beispiel auch Kompetenzerweiterungen für Europol gehören, müssen jedoch weiterhin einstimmig entschieden werden.

Im gesamten Bereich des Strafrechts, das sehr eng mit unterschiedlichen nationalen Rechtstraditionen verknüpft ist, spricht im Übrigen viel dafür, zumindest für eine Übergangsphase noch am Einstimmigkeitsprinzip festzuhalten.

5. Sehr begrüße ich, dass der Abschlussbericht die Aufnahme des Prinzips der Lastenteilung bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik in den Vertrag vorschlägt. Im Bereich der Einwanderungspolitik sollte allerdings klargestellt werden, dass die Europäische Union keine Kompetenz für die Regelung des Zugangs zum Arbeitsmarkt in den Mitgliedstaaten besitzt.
6. Vor der Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft müsste gründlich geprüft werden, ob sie einen wirklichen Mehrwert gegenüber einer verbesserten Zusammenarbeit der nationalen Strafverfolgungsbehörden bringt. Aufgaben, Zuständigkeiten und Kompetenzen müssten zwischen einer etwaigen europäischen Staatsanwaltschaft und den nationalen Behörden klar abgegrenzt werden. Als Aufgabenfeld für eine europäische Staatsanwaltschaft käme vor allem der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union in Frage.
7. Die Aufstellung einer eigenständigen europäischen Grenzpolizei sollte als eine langfristige Aufgabe begriffen werden. Was kurzfristig benötigt wird, insbesondere nach der Erweiterung der Union nach Osten, ist ein einheitliches System zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit in Europa. Ein integriertes Grenzmanagement als Kooperationssystem der Mitgliedstaaten ist heute der richtige Weg zur Verbesserung des Schutzes der Außengrenzen der Union.
8. In der Kürze der Zeit konnte ich nur zu wenigen Themen des Abschlußberichtes Stellung nehmen. Sie wissen, dass diese Fragen in Deutschland in erster Linie in die Zuständigkeit der deutschen Länder fallen.

Deshalb haben die zuständigen Fachministerien der Länder eine umfassende schriftliche Stellungnahme. Sie liegt hier im Sitzungssaal aus.

Ich bitte Sie freundlich, dieses Papier in die weiteren Beratungen einzubeziehen.